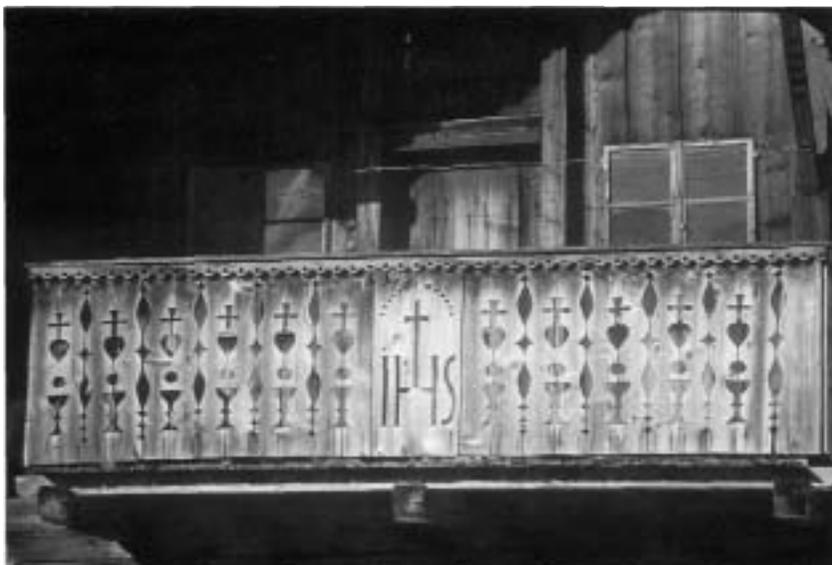


# Armut und ländlicher Raum

## Anmerkungen zur 3. Armutskonferenz in Salzburg

von Ministerialrat Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher

Schlagwörter beherrschen, oft emotional und weniger sachlich, die politische Diskussion in den wohlhabenden Industriestaaten. Leistungsgesellschaft, Zweidrittgesellschaft, soziale Ausgrenzung, die Reichen werden immer reicher, Umverteilung von unten nach oben: das alles ist gängiges Vokabular, insbesondere in Österreich und Deutschland im Zuge von Überlegungen für ein neues Steuersystem. Armut ist aber leider zunehmende Realität, vor allem für Menschen im ländlichen Raum.



Nach den Ergebnissen einer im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für Österreich 1996 durchgeführten Studie

3 lebt fast die Hälfte der Armutgefährdeten in ländlichen Gemeinden unter 20.000 Einwohnern und in Gebieten mit einer Agrarquote von mehr als 10 %;

↻ erreicht die Gefährdetenquote für Armut in Landgemeinden 29 %, in Kleinstädten 19 %, in Mittel-, Großstädten 11 % der Haushalte;

↻ weist die höchste Gefährdetenquote das Burgenland mit 29 %, vor Steiermark 25 %, Niederösterreich 23 %, Vorarlberg 17 %, Salzburg 13 %, Wien 11 % auf;

↻ sind in Österreich 30,6 % der bäuerlichen Haushalte armutsgefährdet, in Deutschland vergleichsweise 10 % und in Großbritannien 3,9 %. Bäuerliche Armut steht in engem Zusammenhang mit der durchschnittlichen Größe der Behäbe in den einzelnen Ländern;

↻ gibt es eine große Unterschiedlichkeit der Regionen und wachsende Einkommensdisparitäten in allen OECD-Staaten.

### Fakten zur Armut

Es gibt keine allgemein anerkannte Definition von Armut und Armutgefährdung. Im wesentlichen kann zwischen einer orts- und zeitunabhängigen absoluten und einer relativen, auf das Wohlstandsgefälle der Gesellschaft bezogenen Definition unterschieden werden.

Der Rat der Europ. Union hat demgemäß am 19. Dez. 1984 im Rahmen des EU-Programms „Armut 3“ folgende Definition beschlossen: „Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie wohnen, als Minimum annehmbar sind.“

Am 21. und 22. Oktober 1998 fand die 3. Österreichische Armutskonferenz in Salzburg statt. Aus agrarpolitischer Sicht kann festgestellt werden:

Die Richtsätze für die Ausgleichszulage (Armutsgrenze) betragen 1997:

☐ Ehepaar: ATS 11.403

↻ Einzelperson: ATS 7.992

Darin sind alle Einkünfte berücksichtigt, ausgenommen Sozialtransfers (z. B. Familien- und Schulbeihilfen). Deshalb kommt als Vergleich mit bäuerlichen Familien unter Berücksichtigung außerlandwirtschaftlicher Einkommen nur das Erwerbseinkommen je Gesamtfamilien-Arbeitskraft in Betracht: GFAK-Familienangehörige, die sowohl in als auch außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind und das außerbetrieblich erworbene Einkommen (z.B. Löhne, Gehälter aus unselbständiger Tätigkeit) in die land- und forst-

*in Österreich sind 30,6 % der bäuerlichen Betriebe armutsgefährdet*

Mitgliedstaat	Prozentsatz der armen Haushalte unter Bezug auf die Hälfte des	
	durchschnittl. Einkommens	mittleren Einkommens
Belgien	13	9
Dänemark	9	5
Deutschland	13	10
Griechenland	24	18
Spanien	19	11,5
Frankreich	16	11
Irland	21	6
Italien	18	13
Luxemburg	14	7
Niederlande	14	10
Portugal	29	19
Ver. Königreich	23	14
EUR 12	17,3	12

wirtschaftliche Unternehmung (Familie) einbringen.

Gemäß „Grünem Bericht 1997 liegen bei 5,5 Personen (2,2 GFAK) je Haushalt mit einem Vergleich des Erwerbseinkommens (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbst- und unselbständige Tätigkeit) mit den Grenzwerten für ein Ehepaar, 40.000 Betriebe von 117.000 im Auswahlrahmen erfaßten (34%) unter der Armutsgrenze.

Die Betriebe für den Grünen Bericht umfassen den Kernbereich der Landwirtschaft, die Anzahl aller Betriebe, die unter der Armutsgrenze liegen (hauptsächlich kleinere Futterbau- und gemischte Betriebe) ist in der Realität noch größer.

### Armutsgrenze deutlich überschritten

Bei den Marktfrucht-, Dauerkultur- und Veredelungsbetrieben wird die „Armutsgrenze“ deutlich überschritten.

Folgende Daten haben für die „Armutsdiskussion“ Bedeutung:

**Zum Autor:**  
MR Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Poschacher ist Gruppenleiter im Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft

⇒ Bäuerliche Familien sind im Durchschnitt kinderreicher. Kinderreichtum ist einer der Armutsfaktoren;

⇒ bäuerliche Pensionen sind sehr niedrig. So betrug die durchschnittliche Alterspension (Männer und Frauen; einschließlich Zulagen und Zuschüsse ohne Familienbeihilfen und zwischenstaatliche Leistungen) im Dezember 1997 in der SVB 57.570,

⇒ unter den insgesamt 950.000 Armutsgefährdeten in Österreich befinden sich 120.000 Bauern, das sind 13% bezogen auf alle oder 22% bezogen auf die Gesamtgruppe der Bauern und

⇒ die Zahl der Armutsgefährdeten in den Agrargemeinden beträgt 350.000, das sind 17% der dort lebenden Bevölkerung (im Vergleich dazu: 12% in Kleinstädten, 10% in Mittel- und Großstädten).

### Wieviele Menschen gelten in Europa als arm?

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) hat die Armutsschwelle der jeweiligen Mitgliedsstaaten in bezug auf die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens je Verbrauchereinheit festgesetzt.

Angenommen wurde, daß die Einkommen und die Ausgaben als Bezugsgröße für die Armutsfeststellung geeignet sind. Die aus der Art der Berechnung der Verbrauchereinheit resultierende Veränderung bewirkt nur einen sehr leichten Anstieg des Prozentsatzes der

armen Haushalte in der Gesamtbevölkerung, führt aber zu einem leichten Rückgang des Anteils der armen Haushalte unter kinderreichen Familien und zu einer Erhöhung dieses Anteils bei den Einpersonenhaushalten.

### Politischer Handlungsbedarf

In der obigen Tabelle ist in der linken Spalte der Prozentsatz der armen Haushalte zu entnehmen, der für jeden der zwölf Staaten, die 1993 Mitglied der Europäischen Union waren, nach dem vorgenannten Prinzip berechnet wurde.

Mit dieser Tabelle soll, wie der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuß feststellt, keine Rangliste der Mitgliedstaaten aufgestellt werden. Dies wäre eine Kränkung für alle in Armut lebenden Menschen wie auch für die Staaten und ihre Regierungen, die schwierige ökonomische und soziale Probleme zu lösen haben. Die Statistik soll aber auf den prioritären politischen Handlungsbedarf aufmerksam machen.

Die Vergabe des Nobelpreises 1998 für Wirtschaftswissenschaften an den Inder Amartya Sen dokumentiert, wie vordringlich die Bekämpfung von Hunger und Armut, sowie die gerechte Verteilung volkswirtschaftlicher Ressourcen sind. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft ist weltweit gefordert (EU, FAO, OECD, Weltbank). ■